

---

## Sechster Abschnitt.

### Sorge für gesunde Fortpflanzung.

---

§. 183.

Eine zahlreiche Bevölkerung ist sowohl Folge als Beförderungsmittel des innern und äußern Wohlstandes in einem Lande, (§. 12.) Der Mensch gedeiht nur da, und kann nur da auf Fortpflanzung seiner Gattung denken, wo er hinlänglichen Unterhalt und Mittel zum Lebensgenuß, hinlängliche Sicherheit, und wahrscheinliche Hofnung, seine Nachkommenschaft zu ernähren findet. Wiederum muß die Menge und Mannichfaltigkeit der Güter, welche zum Bedürfniß und zur Bequemlichkeit des Lebens gehören, so wie die innere und äußere Sicherheit in eben dem Verhältniß zunehmen, in welchem die Anzahl der Hände und Köpfe, die für selbige arbeiten, verhältnißmäßig mit der Größe und der natürlichen Lage und Beschaffenheit des Landes sich vermehrt.

§. 183.

Da nun in jeder bürgerlichen Gesellschaft das gemeine Beste der höchste Endzweck ist, so fließt aus

## Sechster Abschn. Sorge für gesunde:c. 91

aus dieser Betrachtung (§. 182.) die Verbindlichkeit der Gesetzgeber und Obrigkeiten um des gemeinen Wohls willen die Bevölkerung, und diese durch jenes zu befördern.

### §. 184.

Jeder Mensch ist von Natur verpflichtet, die Triebe und Kräfte, welche der Schöpfer in ihn gelegt hat, ihrem Endzweck gemäß zu benutzen. Jeder in der Gesellschaft lebende Mensch ist schuldig, so viel er kann, zum gemeinen Besten beizutragen, und seine Kräfte demselben gemäß, unter den Einschränkungen und Bestimmungen, welche die gesellschaftliche Verbindung nothwendig macht, anzuwenden. Daher die Pflicht eines jeden Einzelnen, sein Geschlecht fortzupflanzen.

### §. 185.

Die Religion sowohl, als die Ordnung in der bürgerlichen Gesellschaft macht es nothwendig, daß die Verwendung der Zeugungskräfte blos auf die eheliche Verbindung eingeschränkt sey.

### §. 186.

Die Monogamie ist, wenigstens in allen Ländern, wo jährlich ohngefähr eben so viel Mädchen als Knaben geboren werden, der Natur am angemessensten, und der Bevölkerung am vorteilhaftesten. Ob wirklich die Vielweiberei in einigen südlichen und Morgenländern, wie einige behauptet haben, deswegen nothwendig sei, weil daselbst insgemein ungleich mehr Mädchen als Knaben geboren werden, müste noch erst durch genauere Untersuchungen



chungen entschieden werden. Vielmannerei kann nirgends der Natur gemäß seyn, und ein Land, wo sie eingeführt wäre, würde in kurzer Zeit entvölkert werden.

## §. 187.

Die Vorsteher der bürgerlichen Gesellschaft müssen also durch Begünstigung und Beförderung der Ehen für die Bevölkerung sorgen.

## §. 188.

Das sicherste Mittel, die Ehen zu befördern, ist die Entfernung der Hindernisse, welche ihnen entgegen stehen; denn wo diese nicht vorhanden sind, da werden Menschen, welche Trieb und Kraft zur Zeugung haben, selten nur einer besondern Aufforderung, dem Rufe der Natur zu folgen, bedürfen.

## §. 189.

Die vornehmsten von diesen Hindernissen sind; 1) religiöse Vorurtheile von der Verdienstlichkeit und Heiligkeit des ehelosen Standes; 2) Geseze und Gewohnheiten, durch welche gewisse Stände, z. B. Geistliche und Soldaten, ehelos zu bleiben gezwungen werden; 3) Sittenverderbnis; 4) Luxus; 5) Leibeigenschaft; 6) Bedrückungen und unerschwingliche Abgaben; 7) übermäßige Einschränkung des Handels und der Gewerbe; 8) Mangel an Industrie; 9) Leibrentenanstalten.

## §. 190.

Nur dann, wenn diese Hindernisse vermieden oder mit Klugheit aus dem Wege geräumt werden, kann

Kann man mit Gewisheit hoffen, die Ehen vervielfältigt, und durch sie die Volksmenge auf eine dem Staate vortheilhafte Art vermehrt zu sehen. Vorrechte, Freiheiten und Belohnungen, welche man neuverehlichten oder denjenigen, die eine gewisse Anzahl von Kindern erzeugt haben, erteilt, Geldbußen und andre Strafen, welche man wider diejenigen verhängt, die über gewisse Jahre hinaus ehelos bleiben, sind nur Nebenmittel, für sich allein aber ganz unzureichend, die Ehen zu befördern.

§. 191.

Damit diejenigen, welche bei der einmal bestehenden Verfassung, Frau und Kinder standesmäßig zu ernähren nicht vermögend sind, der Pflicht für die Fortpflanzung zu sorgen, nicht gänzlich entbunden werden, sollten ihnen die Gesetze die sogenannte Ehe zur linken Hand verstatten, welche zwar an sich rechtskräftig und verbindlich, aber nur nicht mit den bürgerlichen Vorzügen und Befugnissen der standesmäßigen Ehe verknüpft ist. \*) Hingegen darf der Concubinat in keinem wohl eingerichteten Staate geduldet werden; auch selbst deswegen nicht, weil er der Bevölkerung keinesweges günstig zu seyn pflegt.

§. 192.

\*) Die Dultung der Ehe zur linken Hand wird auch vorgeschlagen in dem Entwurf eines allgemeinen Gesetzbuchs für die preuß. Staaten Th. I. 9 Abschn. §. 610. f. Gründe dagegen s. m. in Hagemayer Comment. de matrimoniis inaequalibus. Tubing. 1785.



## §. 192.

Ein Land, in welchem die Anzahl der Ehesen überwiegend groß ist, leidet nicht nur Abgang an Bevölkerung, sondern es entstehen daraus auch noch viel andre physische sowohl als moralische Uebel. Denn der Eölibat kann bei denjenigen, welche mit gewissenhafter Enthaltbarkeit in demselben leben, besonders bei Personen des andern Geschlechts, vielerlei Krankheiten veranlassen; noch weit öfter aber giebt er nur zu Vermehrung der Sittenlosigkeit, (so wie diese ihn oft begünstigt) der Verführung und ehelichen Untreue, so wie zu Verbreitung der venerischen Krankheiten Gelegenheit.

Von den altteutschen Gesezen gegen den Eölibat s. m.  
I. P. de Ludwig Diss. de Hagenstolziatu in Germania exule. Hal. 1727.

## §. 193.

Die Frage: ob man öffentliche Bordelle dulden und besonders in großen Städten als ein notwendiges Uebel betrachten müsse? ist nicht nur von Schriftstellern durch verschiedene Scheingründe, sondern auch durch Nachsicht und ausdrückliche Verfügungen von den Regenten einiger Staaten bejahend beantwortet worden. Ich bin aber gewiß, daß überall, wo man Religion und gute Sitten wahrhaftig hochschätzt, und wo man richtige Begriffe von Volksglück und öffentlichem Gesundheitswohl hat, die Antwort auf jene Frage nicht anders als verneinend ausfallen kann. Nicht Befriedigung  
der

der Geschlechtslust ist in Rücksicht auf das gemeine Wesen überhaupt der Endzweck der Vereinigung beider Geschlechter, sondern Erhaltung der Gattung und Bevölkerung; diese aber wird durch Hurerei nicht befördert, sondern gehindert. Öffentliche Bordelle können nicht geduldet oder begünstigt werden, ohne dadurch zu Entnervung der Nation, zu Verbreitung der Sittenlosigkeit, der unnatürlichen Laster, der Lustseuche Anlaß zu geben, und, wie leicht begreiflich ist, eine Ungerechtigkeit an allen unschuldigen Personen des weiblichen Geschlechts zu begehen.

Chr. Urfini Comment. de quaestu meretricio. Hal. 1737.

Cella, von Staatsbordellen; in dessen freimüthigen Aufsätzen, 1. B. Anspach 1785. 8.

Ueber Staatsbordelle und venerische Krankheiten im sechsten Anhang zu D. Pfeils unten anzuführender Preisschrift, S. 322. ff.

§. 194.

Nicht die Menge der Menschen an sich macht einen Staat blühend; sondern die Menge guter, glücklicher, arbeitsamer und gesunder Menschen. Denn der Mensch hat in der bürgerlichen Gesellschaft nur so viel wahren Werth, als er Kraft, Fähigkeit und Willen besitzt, zum gemeinen Besten mitzuwirken, und die gemeinen Lasten zu tragen. Diese Kraft und Fähigkeit aber hängt größtentheils von eines jeden Gesundheitszustande, von der Stärke  
oder



oder Schwäche des Körpers ab, wozu schon in der Zeugung der Grund gelegt wird. Es muß daher der Staat nicht blos dafür sorgen, daß die Bevölkerung durch Begünstigung der Ehe befördert, sondern auch insbesondre dafür, daß sie so viel möglich nur durch eine gesunde Nachkommenschaft gesunder Aeltern vermehrt werde.

§. 195.

Aus leicht begreiflichen Ursachen wird sich der Staat weder zahlreichen noch gesunden Zuwachs von den Ehen ganz junger, kaum oder noch nicht mannbar gewordener Personen versprechen können, und es ist daher diesen die Verheirathung keinesweges zu gestatten. Da übrigens die Mannbarkeit beider Geschlechter in einigen Ländern und Erdstrichen früher, in andern ungleich später eintritt, so können auch die Jahre, von welchen an die Erlaubniß zu heirathen zugestanden werden soll, nicht überall gleichförmig durch die Geseze bestimmt werden, sondern es muß der Gesezgeber hier dem Gange der Natur in seinem Lande folgen. In unsern Gegenden kann, im Durchschnitt genommen, das männliche Geschlecht vor dem achtzehnten, und das weibliche vor dem funfzehnten Jahre schwerlich für geschikt zu einer fruchtbaren Ehe erklärt werden.

Justinian erklärte das männliche Geschlecht im vierzehnten, das weibliche im zwölften Jahre für mannbar; Inst. L. I. Tit. 22. offenbar für unser Klima zu früh. Diesem angemessener ist die Bestimmung der plenae pubertatis, Inst. L. I. T. XI. §. 5. und 40. ff.

## Sorge für gesunde Fortpflanzung. 97

40 §. 1. ff. de adoption. et emancip. M. f. Gundling de pubertatis probat. ap. Romanos in Gundlingian. p. 23.

*Wolzogen de connubio infantum* Ien. 1724.

C. P. Hoffmann *Schediasma de aetate juvenili, contrahendis sponsalibus et matrimoniis idonea, ut et de annis, quibus sub poena matrimonium inire teneatur*, Regiom. et Lips. 1743. G. G. Ploucquet *Diff. sist. aetates humanas earumque jura*. Tübing. 1778. 4.

§. 196.

Eben so wenig können viele und gesunde Kinder aus der Ehe zwischen Personen, welche an Jahren einander sehr ungleich sind, erwartet werden. Man sollte daher billig einige hierauf Bezug habende römische Gesetze wieder in Ausübung bringen und keinem sechzigjährigen Manne eine Frau unter 45 Jahren, vielweniger noch einer Frauensperson, welche funfzig Jahr alt und drüber ist, einen jüngern Mann zu heyrathen gestatten. — Ehen, welche zwischen zwei bejahrten Personen geschlossen werden, sind, da von beiden schwerlich Nachkommenschaft zu erwarten ist, als bloße freundschaftliche Verbindungen zu betrachten, und als solche für das Interesse des Staats gleichgültig.

M. f. *Sueton.* in Aug. c. 34. Claud. c. 23. et L. 27

C. de nuptiis. Das kanonische Recht verstattete jedoch solche ungleiche Ehen — *ad solatium humanae imbecillitatis*. c. 27. de nupt. qu. I.

Med. Polizeiw.

Ⓢ

C. P.



C. P. Hoffmann de matrimonio sexagenarii cum quinquagenaria, senis cum juvencula et vetulae cum juvene, cui annexa Tract. de notabilioribus circa nuptias contrahendas temporibus. Regiom. et Lipsi. 1722. 4.

## §. 197.

Es giebt Krankheiten, welche durch den Ehestand verschlimmert werden, welche sich in demselben dem gesunden Ehegatten mittheilen oder auf die Kinder forterben können, oder endlich auch ganz und gar entweder zum Verschlaf, oder, wenn auch nicht zu diesem, doch zur Zeugung und Schwangerschaft untüchtig machen. Dahin gehören vornemlich: Fallsucht, Wahnsinn und Melancholie, Lustseuche, Aussatz, Erbgrind, eingewurzelte Gicht, Steinkrankheit, Blutstürze, besonders aus den Lungen und der Gebärmutter, Lungensucht, Krebsgeschwüre, der chronische und scharfe weiße Fluß beim weiblichen Geschlecht u. s. w.

## §. 198.

Die Obrigkeit, in deren Augen gesunde Fortpflanzung und Bevölkerung der Endzweck der Ehen ist, sollte die Verehelichung derjenigen, welche mit diesen Krankheiten behaftet sind, so lange dieselben nicht geheilt, oder wenn sie ganz unheilbar sind, auf alle mögliche Art zu hintertreiben suchen. In Ansehung derjenigen unter den gedachten Krankheiten, welche deutlich am Tage liegen, sollte die Verehelichung selbst durch ausdrückliche Gesetze verboten werden, welches vielleicht hart scheinen mag, aber nichts desto weniger des gemeinen Wohls wegen höchst



höchst nothwendig ist, wenn nicht mannichfaltiges Elend über die Ehegatten sowohl, als über ihre künftige Nachkommenschaft gebracht, und hiedurch, oder auch durch gänzliche Unfruchtbarkeit solcher Ehen das gemeine Wesen empfindlichen Verlust und Schaden leiden soll.

§. 199.

Was solche Krankheiten anbelangt, welche zwar auch in der Ehe die oben (§. 197) bemerkten schlimmen Folgen zu haben pflegen, aber nicht in die Augen fallen und leicht verheelt werden können, so würden freilich Eheverbote in Beziehung auf diese entweder meistentheils unwirksam seyn, oder, wenn sie in Kraft und Ansehen erhalten werden sollten, besondre Gesundheitsuntersuchungen bei allen Candidaten des Ehestandes nothwendig machen, welche eben so zwangvoll und unerträglich, als der Schonung, die man insbesondere der weiblichen Schamhaftigkeit schuldig ist, zuwider seyn würden. Alles, was die Obrigkeit hier thun kann, möchte darin bestehen, daß 1) alle die sich verehelichen wollen, angehalten würden, sichere Beglaubigungsscheine über ihre Gesundheit darzulegen, welche die Aerzte gewissenhaft auszustellen, und nur aus wirklich triftigen Gründen zu verweigern, ausdrücklich verpflichtet werden müßten; 2) daß es den Seelsorgern aufgegeben würde, denjenigen, welche sich in den Ehestand begeben wollen, oder auch ihren Aeltern und Vorgesetzten den Aufschub oder gänzliche Einstellung dieses Vorhabens im Falle, daß sie etwa



mit dergleichen Krankheiten behaftet wären, zur Gewissenspflicht zu machen, welches, wie man leicht einseht, wenn es allgemein geschähe, keinesweges eine lästige Zudringlichkeit in Familienangelegenheiten nothwendig machen würde. 3) daß in den Fällen, wo sich Personen, solcher ihnen bekannten Krankheiten ohngeachtet, verhehlicht hätten, und die Fortdauer derselben klar erwiesen wäre, auf Ansuchen des gesunden Gatten die Scheidung von Tisch und Bette bis zur Heilung derselben, oder wenn das Uebel ganz unheilbar wäre, die gänzliche Trennung der Ehe unweigerlich zugestanden würde, wozu in diesen Fällen unstreitig eben so viele und vielleicht noch mehrere Gründe eintreten, als bei einer unheilbaren Untüchtigkeit zum Beischlaf.

§. 200.

Es ist aber noch zu bemerken, daß einige von den obengebachten Krankheiten (§. 197.) wenn sie gleich sehr oft im Ehestande der kranken Person selbst, dem gesunden Ehegatten, und den erzeugten Kindern Gefahr drohen, doch auch zuweilen, wie die Erfahrung lehrt, besonders beim weiblichen Geschlechte, durch die Verhehlichung gehoben werden, und alsdann auch auf die Kinder nicht fortzuerben pflegen. Dahin gehört vornemlich die Fallsucht, der schwermüthige Wahnsinn, und der weiße Fluß. Solchen Kranken möchte daher das Heirathen gestattet werden, wenn erweislich ist: 1) daß ihr Uebel nicht von ihren Aeltern auf sie ererbt ist; 2) daß sie erst im mannbaren Alter und seit einer noch nicht

gar



gar langen Zeit davon befallen worden sind; 3) daß es von Ursachen abhängt, deren Entfernung wirklich mit Grund vom Ehestande gehoft werden kann. Doch möchte die Erlaubniß zu heirathen in solchen Fällen mit der Bedeutung zu verbinden seyn, daß die Ehe, im Fall das Uebel binnen einem oder zwei Jahren nicht dadurch gehoben würde, getrennt, und dem kranken Ehegatten alsdann die Wiederverhehlung durchaus nicht gestattet werden solle.

§. 201.

Frauenspersonen, bey welchen der Rückgrat und die Schenkel sehr merklich gekrümmt sind, und daher ein widernatürlich enges Becken, mithin die Unmöglichkeit, lebendige Kinder zu gebären, vermuthet werden muß, sollten nicht zur Ehe gelassen werden, wofern diese Vermuthung nicht durch ein auf Untersuchung gegründetes Zeugniß eines sachverständigen Arztes oder Geburtshelfers widerlegt wird. Auch in Ansehung aller andern schon verheiratheten, bei deren Entbindung von den Hebammen und Geburtshelfern eine unabänderliche Ungestalttheit oder Verengerung des Beckens vorgefunden wird, welche das Kind nicht anders als zerstückt von der Mutter zu nehmen gestattet, oder den Kaiserschnitt mit Lebensgefahr der Mutter zu unternehmen nöthigt, möchte die Obrigkeit befugt seyn, aus eigner Macht die Ehe zu trennen, indem dieselbe für den Staat ganz fruchtlos, für die Frau selbst aber, im Fall neu antretender Schwangerschaften mit großer Gefahr des Lebens verbunden ist.

§ 3

§. 202.



§. 202.

Da Berechnichte auch ohne Vorsatz und aus bloßer Unwissenheit sich oft vieler Fehler in ihrem gegenseitigen Verhalten schuldig machen, welche theils auf ihre eigne Gesundheit, theils auch auf ihre Nachkommenschaft den schlimmsten Einfluß haben können, so wäre es zu wünschen, daß junge Leute, welche heirathen wollen, von den physischen sowohl als moralischen Obliegenheiten ihres Standes belehrt und vor jenen Fehlern gewarnt würden. Diesen Unterricht ihnen zu ertheilen, kommt am allermeisten ihren Aeltern und Vorgesetzten zu, und diese müssen auch wohl von Seiten der Obrigkeit hierin ihre Pflicht zu thun ermahnt werden. Daß man aber dergleichen Belehrungen, wie an einigen Orten geschieht, Geistlichen, sonderlich solchen, die durch Gelübde ehelos zu bleiben verbunden sind, aufträgt, scheint weder schicklich noch anständig zu seyn.

Josephi, von der Ehe und physischen Erziehung.  
Götting. 1788. 8.